

Generalversammlung vom 14. November 2018, Traktandum 9 Resolutionen

Mieterinnen und Mieter werden jegliche Verschlechterungen des Mieterschutzes bei missbräuchlichen Mieten bekämpfen

Anfang November hat die Rechtskommission des Ständerates zwei parlamentarische Initiativen des Präsidenten des Schweizerischen Hauseigentümerverbandes (HEV) angenommen. Damit öffnet sie Tür und Tor für mehr missbräuchliche Mieten. Sie missachtet damit den Willen der Bundesverfassung, welche gegen missbräuchliche Mieten schützt. Der Schweizerische Mieterinnen und Mieterverband wird gegen jede Schwächung des Mieterschutzes das Referendum ergreifen.

Die beiden parlamentarischen Initiativen von Nationalrat Hans Egloff (SVP/ZH) schwächen den Schutz gegen missbräuchliche Mieten massgeblich. Entgegen der langjährigen Praxis des Bundesgerichtes, verlangt eine Initiative, dass nur noch Anfechtungen von Anfangsmietzinsen möglich sind, wenn es sich um eine Notlage aus persönlichen oder familiären Gründen handelt. Damit reduziert sich die Zahl der möglichen Anfechtungen massiv. Beim zweiten Vorstoss werden die Kriterien für die Erhöhung der Mieten auf das orts- und quartierübliche Niveau massiv vereinfacht, was zu höheren Mieten und höheren Gewinnen der Immobilienwirtschaft führt. Beide Vorstösse stehen in krassem Widerspruch zu Art. 109, Abs. 1 der Bundesverfassung, welche den Bund verpflichtet Vorschriften «gegen Missbräuche im Mietwesen, namentlich gegen missbräuchliche Mietzinse» zu erlassen.

Die beiden parlamentarischen Initiativen kommen zu jenen Vorstössen hinzu, welche bereits von der Rechtskommission beider Räte (Nationalrat und Ständerat) angenommen worden waren. Diese schwächen einseitig das Mietrecht auf Kosten der Mieterinnen und Mieter und bringen Erleichterungen für Hauseigentümer (mechanische Unterschrift, Erleichterungen bei gestaffelten Mieten) und die Erschwerung der Untermiete.

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband SMV-ASLOCA-ASI ruft die Behörden und involvierten Kreise auf

- den bereits heute fragilen Mieterfrieden in der Schweiz zu schützen
- zu vermeiden, dass die Situation der Mieterinnen und Mieter noch mehr geschwächt wird
- jede Revision des Mietrechtes zu bekämpfen, welche den Schutz gegenüber überhöhten Mieten und anderen Missbräuchen schwächt.